

Inlande gedeckt wurde und das rumänische Importgetreide für den Schluß des Erntejahres reserviert blieb, wurde diesmal das rumänische Importgetreide schon in den ersten Monaten herangezogen. Während im vorigen Jahre Wien in der Zeit von Ende Dezember bis Anfang März aus Böhmen versorgt wurde, wurde den Vertretern der Gemeinde Wien vor mehreren Wochen durch den Ernährungsminister die überraschende Mitteilung gemacht, daß es in diesem Jahre überhaupt keine Ueberschüsseprovinzen gebe und daß wir daher ausschließlich auf die ungarischen und rumänischen Importe angewiesen sind. Diese überraschende Tatsache kann wohl nur durch den im Wege der Lohnmühlen betriebenen Schleichhandel, durch die Verfütterung des Getreides sowie durch die Ueberdeckung der Selbstversorger erklärt werden.

Die hohe Quote der Selbstversorger ist ungerechtfertigt und darf nicht aufrechterhalten werden. Der Landwirt auf dem flachen Lande hat viel eher die Möglichkeit, das Manko bei dem einen Lebensmittel aus den Ueberschüssen bei anderen Lebensmitteln zu decken. Der Selbstversorger ist ohnedies dadurch besser gestellt, daß er bis zum Jahreschluß eingedeckt ist und den eisernen Vorrat, nach welchem die Vertreter der Reichshauptstadt vergebens streben, bis zum Schluß des Erntejahres gesichert in seiner Vorratskammer liegen hat.

Man wird also die private Vermahlung verbieten, den Schleichhandel und die Verfütterung mit aller Macht verhindern und die Quoten der Selbstversorger kürzen müssen. Man wird aber auch den Ernährungsminister mit der nötigen Autorität gegenüber den Landeschefs ausstatten müssen. Die Großstadt Wien mit ihren mehr als zwei Millionen Konsumenten ist durch die ländelweise Getreideversorgung schwer geschädigt. Es ist naturgemäß, daß jeder Landeschef zunächst für sein Kronland sorgt. Und wie der private Selbstversorger, so ist auch das Kronland als Selbstversorger geneigt, sich zu überdecken. Darum werden die Verfügungen des Ernährungsministers oft durch Verfügungen der Landeschefs durchkreuzt.

Wie notwendig strenge Requisitionen sind, wie stark der Widerstand ist, welcher in vielen Gegenden den Ablieferungen entgegengesetzt wird, beweist die Statistik des Herrenhausmitgliedes Abt Helmer, welche wohl zu Denunziationen beim päpstlichen Stuhle Anlaß gegeben hat, aber bisher von keiner Seite widerlegt werden konnte.

So richtig es aber auch nach dem Vorgesagten sein mag, daß Fehler begangen wurden und daß durch die vorgeschlagenen Maßregeln noch manches nachgeholt werden kann, so ist es doch andererseits klar, daß Oesterreich und Wien vor allem bei der Versorgung mit Brot und Mehl auf die Hilfe Ungarns angewiesen sind. Einige Hilfe könnte auch Deutschland leisten. Deutschland ist in bezug auf Brot und Mehl besser versorgt als Oesterreich. Es könnte uns dadurch unterstützen, daß es uns von den rumänischen Importen einen größeren Teil zuweist, als den bisherigen Vereinbarungen entspricht. Die ursprünglichen günstigeren Angaben über die rumänische Ernte waren auf deutschen Schätzungen begründet. Es wäre zu untersuchen, ob der Ausfall, welcher sich später ergeben hat, nicht zum Teil auf die Sendungen der Okkupationsarmeen an die Angehörigen in der Heimat zurückzuführen ist.

Wäre es nicht billig, daß Oesterreich für diese Sendungen durch Zuweisung einer höheren Quote entschädigt werde? Deutschland ist in der Lage, auf Grund einer überreichlichen Ernte $3\frac{1}{2}$ Kilogramm Kartoffeln per Kopf und Woche zu verteilen.

Es wäre gewiß nicht unbillig, daß uns aus diesem Ueberflusse im Frühjahr Zuschüsse zugewiesen werden würden. Aber vor allem müssen wir uns an dasjenige Land halten, von welchem wir auch im Frieden mit Getreide versorgt wurden. Ich habe gleich am Beginne des Krieges im Herbst 1914 in der „Neuen Freien Presse“ das Verlangen gestellt, daß die Aufbringung und Verteilung der Ernte in Oesterreich und Ungarn nach gleichen Grundsätzen erfolgen sollte. Der Staatsanwalt hat damals meinen Artikel zur Gänze beschlagnahmt.

Aber ich kann auch heute, mitten im vierten Kriegsjahr, von dieser allem Anschein nach staatsgefährlichen Forderung nicht absteigen. Wenn es den Mittelmächten in so ausgezeichnete Weise gelungen ist, eine militärische Einheitsfront herzustellen, dann sollte man doch glauben, daß wenigstens zwischen Oesterreich und Ungarn im Kriege diejenigen Beziehungen aufrecht bleiben sollten, welche seit jeher im Frieden bestanden haben. Ungarn hat durch ein lazes Getreideregime allen vermögenden Haushaltungen die Selbsteindeckung bis zum Jahreschluß gestattet, die Verfütterung ist eigentlich nie recht behindert worden. Ein so genauer Kenner der Verhältnisse wie Graf Tisza hat erst neulich im Klub der nationalen Arbeitspartei erklärt, daß der jetzigen ungarischen Regierung eine bessere Ernte zur Verfügung steht, als seinem Ministerium. Wir brauchen das Ergebnis der statistischen Studien des Grafen Hadik nicht abzuwarten, um die notorische Tatsache festzustellen, daß die Lebenshaltung der Bevölkerung Ungarns im Kriege eine weitaus bessere ist, als die der österreichischen Bevölkerung.

Wie die Honveds am Szonzo und die Deutschmeister in den Karpatenpässen gekämpft haben, so müßte es die heilige Pflicht des ungarischen Staates sein, die Bevölkerung Oesterreichs und der Reichshauptstadt Wien in dieser schwierigen Zeit nicht im Stiche zu lassen. Die Entente rechnet immer noch auf einen Erfolg ihres mit großer Hartnäckigkeit festgehaltenen Aushungerungsplanes. Jede Absperrungsmaßregel, jede Unterbindung derjenigen Beziehungen und Lieferungsverhältnisse, welche im Frieden bestanden haben, ist eine indirekte Förderung dieses Planes. Damit der Aushungerungsplan der Entente sicher vereitelt werde, verlangen wir seit Kriegsbeginn die Herstellung einer wirtschaftlichen Einheitsfront zur gemeinsamen wirtschaftlichen Verteidigung. Die Bevölkerung Wiens, welche bisher mit bewundernswerter Ausdauer alle Unbilden dieses Krieges ertragen hat, hat Anspruch darauf, daß seitens der berufenen Faktoren alles geschehe, um eine dauernde Verhütung der Mehlquote zu verhindern.

Dem Antrage unseres Verbandes entsprechend, wird sich die am Mittwoch stattfindende Gemeinderatsitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wir werden verlangen,

Die Kürzung der Mehlquote.

Von Stadtrat Dr. Oskar Hein.

Die Tatsache, daß schon in dieser Woche, wenige Monate nach Beginn des Erntejahres, die ohnedies sehr knapp bemessene Mehlration für Wien um die Hälfte gekürzt wurde, hat begreiflicherweise in der Wiener Bevölkerung großes und peinliches Erstaunen hervorgerufen. Wohl hat das Ernährungsamt die Kürzung der Mehlration mit dem Hinweis auf die durch die Schneeverwehungen hervorgerufenen Transportschwierigkeiten begründet. Aber die Stichhaltigkeit dieser Begründung wurde nicht nur von allen Kennern der Verhältnisse von vornherein angezweifelt, sondern wurde auch früher von einer sehr zuständigen Seite bestritten.

Zu Beginn des Erntejahres wurde seitens der Regierung ein günstiges Communiqué veröffentlicht. Ich habe bereits bei den zwischen den Abgeordneten und den Vertretern der Gemeinde Wien mit der Regierung gepflogenen Konferenzen darauf hingewiesen, daß die Regierung bedauerlicherweise die optimistische Auffassung ihres eigenen Communiqués, welches vielleicht für andere bestimmt war, ihren eigenen Maßnahmen zugrunde legte. Daraufhin ist zum Beispiel das Schwanken in den Vermahlungsvorschriften zurückzuführen. Bekanntlich hatte das Brot in der ersten Zeit des Erntejahres eine bessere Qualität als diejenige, welche den jetzt bekannten Verhältnissen entsprechen hätte.

Dieselbe optimistische Auffassung mag wohl die Regierung veranlaßt haben, dem Drängen der Agrarier nachzugeben, die private Vermahlung in den Lohnmühlen zu gestatten und den Selbstversorgern eine hohe Quote einzuräumen. Durch die Gestattung der privaten Vermahlung wurde nicht nur eine zwecklose Verschwendung von Fuhrwerk, Besspannung und Arbeitskraft herbeigeführt, sondern auch dem Schleichhandel freier Spielraum gelassen. Die Requisitionen erfolgten erst in einem Zeitpunkte, als schon ein erheblicher Teil der Ernte im Wege des Schleichhandels und der Verfütterung dem Zugriff entzogen war.

Während voriges Jahr in den ersten Monaten der Bedarf Wiens und der sonstigen Zuschußprovinzen aus dem